



Katalin Gennburg

Grundsteuer-Wut im Siedlungsgebiet

Wo bleiben die Versprechen der CDU?

Die Linke

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

nach Bekanntwerden der neuen Eckdaten für die reformierte Grundsteuer durch CDU-Finanzsenator Evers hatten sich viele Menschen bei der Linken gemeldet und mitgeteilt, dass ihnen eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Grundsteuer droht.

Für uns ist klar: Es darf keine Grundsteuer-Reform zulasten des Ostens geben!

Da die neue Grundsteuer aufgrund der unterschiedlichen Ausgangswerte von Ost (1935) und West (1964) infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu Verschiebungen zwischen Ost und West führt, müssen Vorkehrungen dafür getroffen werden, dass die Menschen im Osten nicht hinten runter fallen. Die

Geschichte der Siedlungsgebiete ist eben eine andere als die vieler Eigenheimsiedlungen im Westen und diesem Umstand muss der Senat aus CDU und SPD in Berlin auch Rechnung tragen. Doch das Gegenteil scheint der Fall zu sein, denn nach einer Umfrage des VDBG erhöht sich bei fast 40 Prozent der Ein- und Zweifamilienhausbesitzer im Osten die Abgabe um mindestens das Doppelte.

Es ist daher ein politischer Skandal, dass CDU und SPD es bei der Verabschiedung des Gesetzes versäumt haben - trotz Anträgen der Linken - klare Regelungen zu treffen, damit soziale Härten vermieden werden können.

Stattdessen hat CDU-Finanzsenator Evers in seine Neuregelung der Grundsteuer eine unbestimmte Härtefallklausel aufgenommen, die einzig auf existenzielle

Notlagen abzielt und alles Ermessen in die Hände der Finanzämter legt. Und wie diese vor dem Hintergrund des durch Schwarz-Rot angerichteten Haushaltschaos entscheiden werden, können sich wohl alle Eigenheimbesitzer an drei Fingern abzählen.

Die Koalition aus CDU und SPD verunsichert damit die Menschen mit geringem Einkommen in selbstgenutztem Wohneigentum, ob sie durch die Klausel geschützt werden oder nicht. Deswegen hat Die Linke im Abgeordnetenhaus eine klare und rechtssichere Formulierung vorgeschlagen, wonach eine ernstliche Gefährdung der Existenz dann vorliegt, wenn es bei einem Jahreseinkommen nach WBS 180 (Einpersonenhaushalt: 21.600 Euro) zur Verdoppelung der Grundsteuer kommt. Das haben CDU und SPD abgelehnt.

Wir sind für sie da!

Die Linke steht für eine wirksame Härtefallregelung, die klare Einkommens- und Belastungsgrenzen vorsieht und sich noch dazu an den Regelungen für Wohnberechtigungsscheine orientiert. Mit der Linken muss wirklich niemand um seine

Existenz oder sein Häuschen bangen, weil er die Steuern nicht bezahlen kann.

Bereits jetzt zeigen die Reaktionen der Menschen in unserem Bezirk, welche Ungerechtigkeiten diese neue Grundsteuer-Reform von CDU und SPD in Berlin hervorgebracht hat. CDU-Finanzsenator Evers scheinen die Menschen, die die neue Grundsteuer mit aller Härte trifft, egal zu sein.

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

im neuen Deutschen Bundestag will ich Ihre Stimme sein und die Interessen der Menschen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf vertreten, die hart für ihr Eigenheim gearbeitet haben und es nicht verdient haben, dass sich der Staat noch an ihnen bereichert. Sowohl die Ampel im Bund als auch der schwarz-rote Senat hinterlassen hier ein Chaos. Sowohl im Bund als auch im Land brauchen wir neue Mehrheiten für eine gerechte Grundsteuer im Osten und eine soziale Bodenpolitik in der Stadt und auf dem Land!

Herzlichst
Ihre Katalin Gennburg



Katalin Gennburg

Katalin Gennburg
Die Linke Bezirksverband
Marzahn-Hellersdorf
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

✉ info@katalingennburg.de
🌐 katalingennburg.de
📘 [fb.com/KatalinGennburg](https://www.facebook.com/KatalinGennburg)
📷 [@politikinmode](https://www.instagram.com/politikinmode)
✉ [@die_gennburg](https://www.x.com/die_gennburg)